

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Redaktion und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Abholung durch die Posten 2,20 RM., bei Verteilung

Angreifepreis: Die 8 geplattete Nummernseite 20 Pf., die 4 geplattete Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 8 geplattete Reichsmarkseite im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachsendungsgebühr 20 Reichspfennige. Bezeichnungen, die sich auf die amtlichen Bekanntmachungen beziehen, werden nach Möglichkeit ausgewichen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 verpflichtet. Anzeigen abweichen bis vorne 10 Uhr. Bei Berufsausschreibungen ist die Richtigkeit der Ausschreibung zu jeder Zeit zu überprüfen. Bei Verhandlungen sind die Ausschreibungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen bestimmt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 66 — 90. Jahrgang

Telegr.-Bdt.: „Wilsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postleitz.: Dresden 2340

Donnerstag, den 19. März 1931

Die feine Ferien wollen.

Bis zum Ende seiner Beratungen hat sich der Reichstag die Verhandlung über die etwas „figligen“ Haushalte des Lehr- und Finanzministeriums aufgespart. Beide sind nämlich durch die leidige Pariser Friedensfrage von der Sozialdemokratie durch eine Art „Junctum“ miteinander verbunden worden: Stimmenthaltung bei der Entscheidung über die erste Rate für den Panzerkreuzerbau, — dafür aber gewisse Steuererhöhungen, von denen die eine übrigens bereits in zweiter Lesung vom Reichstag angenommen worden ist. Vom Reichstag ist eine Zweiteingabe eingesetzt worden, deren Ertrag für die Künste und Kultur einzusehen werden soll, wenigstens zu einem großen Teil; diese Tantzenmeister, mit der sich auch die Mittelparteien einverstanden erklärt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag sieht den Zufluss zur Einkommensteuer bei den Einkommen über 20 000 Mark vor. Auch hier soll ein Teil des Ertrages Verwendung finden für den Bau des Panzerkreuzers, — ein noch größerer Teil freilich soll den Gemeinden in ihrer Finanznot helfen. Allerdings verhandelt man vorläufig noch über diesen zweiten Vorschlag, weil sich die Regierung sträubte, ihren Grundsatz, keinerlei Steuererhöhungen zu bringen, an irgendeiner Stelle durchzusetzen zu lassen. Wenn eine Einigung hierüber zustande kommt, so muss sich diese natürlich aber über den Reichstag hinaus erstrecken, denn sonst besteht die Möglichkeit, dass der Reichstag die Tantzen- oder die erhöhte Einkommensteuer genau so streicht, wie er das mit den Beschlüssen des Reichstages hinsichtlich der Gefriergesetz einführt und der Abänderung des Brüdergesetzes getan hat. Dann wäre zwar die Rate für den Panzerkreuzer angenommen, ohne dass aber die Gegenforderungen der Sozialdemokratie erfüllt worden wären.

Man unterhandelt zwischen Regierung und Reichstagsparteien jetzt auch noch darüber, was eigentlich geschehen soll, wenn die Haushaltserörterung im Reichstag ohne weitere Schwierigkeiten Ende März fertiggestellt ist. Bedanni ist, dass die Regierung kein übermäßiges Gewicht darauf legt, den Reichstag etwa zu einer Sitzung am 1. April einzuladen. Andererseits wollen verschiedene Parteien sich nicht gleich für ein halbes Jahr von der politischen Mitwirkung absiechen lassen, — und an Stoff zu Beratungen und Verhandlungen dürfte es allerdings doch nicht so ganz fehlen. Da ist zum Beispiel die Wahlrechtsvorlage der Reichsregierung. Es ist die Reichstags Erfahrungen gemäß, wirklich besser, wenn der Reichstag nicht gegen Ende seiner Sessenzzeit eine derartige Vorlage in Angriff nimmt, sondern wenn sie während der vorläufigen noch nicht in Aussicht steht.

Am Übrigen hat der Reichsbahnpräsident Dr. Lüther gerade jetzt wieder auf weitere Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstages verwiesen, namens des Bundes für Erneuerung des Reiches, dessen Ehrenvorsitzender er ist. Reichsreferent. — das ist ein Ziel, über dessen Notwendigkeit man sich von rechts bis links eigentlich ganz einig ist; nur ist der Weg dorthin freilich noch viel schwerer als der zur Änderung des Reichstagswahlrechts. Dr. Lüther verweist mit Stolz darauf, dass sein Bund dafür gejagt habe, das Ziel der Reichsreform nicht verschwinden zu lassen. Der Kern des Problems liegt natürlich in dem Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, dessen Beseitigung oder Auflösung auf die verschiedenen Weise vorgeschlagen wird. Weiter empfiehlt der Bund die Ausgestaltung des Reichsrates zu einer zweiten Kammer, vor allem aber die Schaffung einer wirtschaftlichen Reichsregierung, wobei Preußen als Ganzes eingegliedert werden müsse. Lüther erinnert auch daran, wie dringend die Frage des Finanzausgleichs zwischen dem Reich und seinen Ländern geworden ist, und man kann wohl auch daran denken, wie die Reichsregierung im Laufe der letzten Monate, also während der großen Steuer- und Finanzreform, immer wieder betont hat, sie betrachte die Reformation des Finanzausgleichs als nächste und wichtigste Aufgabe. Denn tatsächlich kommt es ja bei der Kräfteverteilung zwischen dem Reich und den Ländern und den Gemeinden in allererster Linie auf den finanziellen Unterbau an.

Gegen politische und kulturelle Ausschreitungen.

Konferenz der deutschen Polizeiminister. Die unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Brüning tagende Konferenz der Polizeiminister der verschiedenen Länder beschäftigte sich mit der innenpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der antireligiösen Verberufung und der völkisch radikalen Strömungen. Die sehr ein gehende Aussprache ergab, wie ähnlich mitgeteilt wird, die völlige Übereinstimmung in der Auffassung, dass es notwendig sei, der ständig wachsenden Verberufung und Ausschreitung in politischer und kultureller Hinsicht mit allen zur Verfü gung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie festgestellte einmütige Zustimmung der Länderminister und die Grundlage einer fahldigen Aussprache des Reichsinnenministers beim Reichsanzler bilden.

Die Post soll die Tarife senken!

Die Entwicklung der Reichspost.

Die Postbestellung auf dem Lande.

Meine vier Damen und einundzwanzig Herren! beginnt ein Redner seine Ausführungen zum Haushalt des Reichspostministeriums. Mehr Volksvertreter sind nämlich nicht anwesend. Und des Scherzes halber hat der Redner sie vorher gezählt. Er hätte auch die besetzte Ministrertribüne mit den Herren des Reichspostministeriums nachzählen sollen. Er hätte es jedoch können, dass auf jener Tribüne mehr Ministerialräte vorhanden sind als Abgeordnete unten im Saale.

Das ist übrigens an und für sich gar nicht so verwunderlich, denn der Haushalt des Reichspostministeriums ist der türkische unter allen. Er besteht aus nur einem einzigen Posten aus der Einnahmen- und aus der Ausgabenseite. Dort wird die Summe verzeichnet, die dem Reich als Ertrag der Reichspost zugewiesen wird, und bei den Ausgaben findet sich allein: Gehalt des Reichspostministers. Weiter nichts. Der Reichstag hat ja nichts dreinreden, nichts zu bestimmen im Betriebe der Post, wo der Minister zusammen mit dem Verwaltungsrat Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft regelt. Freilich führt in diesem Verwaltungsrat der Reichspost auch eine Anzahl von Parlamentarien und diese halten nun ihre Reden vor der Öffentlichkeit, weil sie im Verwaltungsrat nicht das erwünschte Gute haben können. Vermutlich sind diese Reden dort schon einmal gehalten worden und die Kollegen vom Verwaltungsrat haben jetzt im Plenum erst recht keine Lust, sich das alles zum zweiten Male anzuhören. Und da der Reichstag zwar kritisieren, aber weder kontrollieren noch überhaupt drehen darf, — denn die Reichspost verwaltet ihren ganzen Betrieb selbstständig nach launenhaften Gesichtspunkten! — so äußert man eben nur Wünsche und Beschwerden, die der Minister mehr oder minder wohlwollend zur Kenntnis nimmt oder — bereits genommen hat. Das ist nicht gerade französisch, und darum ist es eigentlich schon recht viel, dass sich ein viertel Hundert Abgeordnete kann und müde anhören, was sie schon einmal vernommen haben.

In ein paar Stunden ist die ganze Sache erledigt und Stephans Nachfolger kann mit bewilligtem Gehalt und mit dem Erfolge seiner ebenso stumm gebliebenen Ministerkollegen das Hohe Haus wieder verlassen, das in und an dem Betriebe der Post ja doch nichts zu sagen, jedenfalls nichts zu ändern vermag.

Sitzungsbericht.

(15. Sitzung.)

OB. Berlin, 18. März.

Nach Eröffnung der Sitzung kommt es zu heftigen Auseinandissen der Kommunisten, als der Abg. Bodenauer die Aufhebung des Demonstrationverbotes in Hamburg verlangt. Nach scharfen Angriffen auf die Verbündeten wird dem Redner unter großem Lärm der Kommunisten nach vorhergehender Verwarnung das Wort entzogen. Gegen die sofortige Beendigung der Hamburger Vorfälle wurde Widerpropos eingefordert.

Es folgt die zweite Lesung des Reichshaushaltplanes mit dem Haushalt des Reichspostministeriums.

Der Haushaltsausschuss hat eine Reihe von Anträgen eingefordert, gefordert wird u. a. eine Senkung der Fernsprechgebühren für Fernsprecher.

Reichspostminister Dr. Schäzel gab eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Deutschen Reichspost im letzten Jahre. Die Verwaltung habe mit allen Mitteln danach gestrebt, ihren Verkehrsapparat nach Möglichkeit auszubauen und zu verbessern, dabei aber der schwer um ihre Existenz ringenden deutschen Wirtschaft durch verstärkte Auftragserteilung und Tarifherabsetzung zu Hilfe zu kommen. Der Ausbau an Einnahmen infolge des Zusammenschlusses der Wirtschaft sei nach Möglichkeit durch größte Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten weitestmöglich worden. Zur

Postversorgung des flachen Landes.

waren Ende des laufenden Rechnungsjahres etwa 1150 Landpoststellen mit 14 700 Poststellen und 2400 Postagenturen vorhanden. Das Straßennetz umfasste rund 220 000 Kilometer mit etwa 45 600 Kilometer Streckenlänge. Im Sommer 1930 wurden 110 Luftpostlinien benutzt, im letzten Winter 26 Linien. Die Verkehrsübersicht bei der Poststelle belief sich auf 58 Prozent gegenüber 1929. Die Zahl der Postschleifstunden hat

Beratung des Reichstages noch vor Ostern unumgänglich.

Die Verhandlungen Dr. Brünings mit der SPD. gescheitert.

In einer Brattensitzung der Zentrumspartei des Reichstages berichtete Reichsanzler Dr. Brüning über die politische Lage und seine Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei. Diese Verhandlungen sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Die Reichsregierung hält an ihrer Ablehnung der Steueranträge der Sozialdemokratie auf Erhöhung des Einkommensteuerausschusses unter allen Umständen fest.

Ebenso sieht die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt, dass eine Beratung des Reichstages bereits vor Ostern bis zur Zeit der Herbstsession unumgänglich notwendig ist.

Nach der Sitzung empfing der Reichsanzler die Abgeordneten der KPD, die den ablehnenden Standpunkt ihrer Fraktion gegenüber Steuererhöhungen der Sozialdemokratie abermals

Steuergesetzentwürfe der Sozialdemokratie wiederholten.

nachzu einer Million erreicht. Der Gesamtumsatz ist aber um und 8 Milliarden auf 120 Milliarden gestiegen. Im Telegraphenwesen wurden die Verbindungsmaßnahmen fortgeführt. Das Bildtelegraphennetz wurde ausgebaut und der Funktelegraphenverkehr erweitert.

Die Zahl der Kundenunternehmer steigerte sich um eine halbe Million, bis Ende 1930 auf insgesamt 3,5 Millionen.

Das Beschaffungsprogramm der Reichspost belief sich 1930 auf 410 Millionen Mark. Dazu traten noch Investitionsanträge in Höhe von 200 Millionen Mark. Beispielsweise wird das Tempo verlangsamt, soweit es mir irgend angeht ist, um den Arbeitsmarkt nicht zu belasten. Ende 1930 waren über 25 000 Maschinen aller Art und nahezu 1800 mechanische Förderanlagen in Betrieb. Zum Schluss kam der Minister die Einrichtung der neuen Hauptbahn der Bahnstrecke für den einzelnen Postvertrieb hervor. Diese Bahnstrecke ist ausschließlich den Postdienstlern vorbehalten. Der Minister willte dem Personal Anerkennung und Dank für die im letzten Jahr in opferbereiter Pflichterfüllung geleistete Arbeit.

In der Aussprache verweist Abg. Biedermann (Soz.) darauf, dass bei der Reichspost der Kraftpostbetrieb auf dem Lande immer noch nicht ausgebaut sei. Der Redner macht der Verwaltung beigehörige Bemühungen, doch sie unter den Beamten eine Agitation im Sinne der Nationalsozialistischen Partei nicht bloß dulde, sondern auch fördere.

Abg. Kampfalist (Bd.) fordert, dass die Reichspost genügend Verständnis für die Bedürfnisse der Wirtschaft aufbringe. Der Redner erklärt dann, eine besondere Förderung des Handwerks durch die Erteilung von Postaufträgen im Beschaffungsprogramm sei notwendig. Es müsse für einen entsprechenden Nachwuchs den unteren und mittleren Schichten gesorgt werden.

Abg. Toegter (Stomm.) meint, die Hoffnungen des Ministers auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung werden bei als irrig erweiht.

Abg. Möllnich (Wirtschaftspartei) beschwert sich mit dem Überweisungssystem der Reichspost und den Bedarfsentnahmen; hierzu seien bei der Post 62 Millionen erzielt und auch tatsächlich an das Reich abgeleitet worden. Ein Anspruch des Reiches darauf sei aber nicht anzuerkennen, vielmehr müsse dieser Beitrag für Tarifentwicklungen Verwendung finden. Bei der

Beratung der Postaufträge müsse das selbständige Handwerk nicht als bisher Verächtigung finden.

Abg. Dingler (Landvolk) sieht sich gleichfalls für eine Entfernung der Postaufträge ein. Redner verlangt dann weiter einen Ausbau der Kraftposten, besonders in den ländlichen Gebieten.

Abg. Morath (D. Ap.) weist darauf hin, dass die Amtesfreidigkeit bei der Post leiden müsse, wenn von Jahr zu Jahr Ausflugsmöglichkeiten immer mehr ver sagt werden. Es sei durchaus richtig, dass auch bei der Reichspost im Dienst nicht politisiert werden dürfe.

Abg. Schwarzer-Oberbaurufer (Bayer. Bd.) tritt für die bayerischen Belange auf postalischem Gebiete ein.

Reichspostminister Dr. Schäzel

geht auf die Bänke und Beschwerden der Vorredner ein und verzweigt auf seine verschiedenen Berücksichtigungen. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, dass er

staatliche Bemühungen in der Beamtenzahl nicht dulde. Er habe auch entsprechend gehandelt und die Beamten auf ihrem Dienstfeld hingewiesen, der sie verpflichtet, nicht gegen die Verhafung zu arbeiten. Nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit könne gegen Beamte und Arbeiter der Post nur vorgegangen werden, wenn Beweise vorliegen. Geralgemietungen weise er zurück. Der Minister geht darauf im einzelnen auf die vorgebrachten Fälle

nationalsozialistischer Verhafung von Beamten ein und schließt mit der Versicherung, dass selbstverständlich die nach Verhafung und Beamtenrecht sich ergebenden Folgerungen rücksichtslos gezogen werden. Er wendet sich gegen die Behauptung, dass

das Postbeamten nicht gewohnt werden, vielmehr sei dies Fundament des Postbetriebes unerschüttert. Der Minister stellt sich dar, dass eine Gebührentenfung in der heutigen Zeit ausgeschlossen sei. Das gelte auch für den Kunden.

Dann schloss die Aussprache. Eine Entschließung über die Entfernung der Postaufträge wird angenommen und der Haushalt für die Reichspost genehmigt.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Um das Panzerschiff B.

Stimmenthaltung der Sozialdemokraten beschlossen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm einen Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung entgegen. Nach einer eingebundenen Tafel wurde mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Situation beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Panzerschiff B der Stimme zu enthalten.

Händelspolitik und Innenministerkonferenz vor dem Reichskabinett.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der durch die Ablehnung des Gesetz-Händelsabkommen geschaffenen handelspolitischen Lage. — Des Weiteren berichtete der Reichsinnenminister Dr. Birck über die Konferenz der Innenminister der höheren Länder, in der sich völkige Vereinigung der Ausschüsse ergab.

Die Erweiterung der Osthilfe.

Eigenartige Abstimmung im Ostschnell.

Am Ostschnell des Reichstages wurde bei der Beratung des Osthilfegesetzes beschlossen, das sämtliche Siedlungsbereich der allgemeinen Hilfmaßnahmen auf ganz Pommern und ganz Niedersachsen sowie auf die an die Tiefebene hinuntergregenden Kreise Sachsen und Bayerns auszudehnen.

Der Paragraph 1, der die landwirtschaftliche Siedlung betrifft, wurde auf Antrag Dr. Moldenhauers (Dr. Sp.) in der Art geändert, daß die Neuordnung und die Anlegesiedlung nach Maßgabe des landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes vorliegend in den dünn besiedelten Landesteilen des Osthilfegesetzes nachdrücklich zu betreiben sind. Die folgenden Paragraphen, wonach die Reichsregierung in dem Rechnungsjahre 1932 bis 1936

Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen Mark zur Förderung der besonderten Notlage auf wirtschaftlichem, geistlichem, sozialem und kulturellem Gebiet bereitstellen soll, sowie die Errichtung für den Reichsernährungsminister, den Einsatz von Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen bis auf ein Prozent zu verbilligen, wurden unverändert angenommen. Bei Paragraph 7 wurde die Höhe der Darlehen, die die Bank für Deutsche Industrieobligationen zu gewähren hat,

auf 50 Millionen Mark festgesetzt.

während bisher 25 Millionen vorgesehen waren. Paragraph 8, die die Frist der Rückzahlung der Darlehen bestimmt, wurde in der Fassung der Vortrage angenommen.

So den Abstimmungen

im Ostschnell verlautet aus den Kreisen des Ausschusses noch folgendes: Auf den Antrag der Stadtpartei und der Wirtschaftspartei wurde mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Stadtpartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Kommunisten beschlossen, daß ganze Steinerne Brüderlichkeit in die allgemeinen Hilfmaßnahmen einzubeziehen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Bayerische Volkspartei und Christlichsoziale. Hieraus stimmen dann die Sozialdemokraten für alle übrigen Anträge, die eine Ausdehnung des Siedlungsbereiches der Osthilfe verlangen, so daß mit den Stimmen auch der Sozialdemokrat die Osthilfe auf ganz Pommern, ganz Niedersachsen sowie die an die Niedersächsischen angrenzenden Kreise Sachsen und Bayerns ausgedehnt wurde.

Von sozialdemokratischer Seite wird dazu erklärt, daß mit der Einbeziehung Steins des Grundstücks durchbrochen sei, wo die allgemeinen Hilfmaßnahmen nicht auf Gebiete westlich der Oder ausgedehnt werden sollen.

Marxistenfront in Braunschweig.

Das Programm der linken Mehrheit.

An der ersten Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung, in der Sozialdemokraten und Kommunisten mit 18 Stimmen die Mehrheit haben, erklärt der kommunistische Sprecher, daß die Sozialdemokraten alle Forderungen der Kommunisten "im Interesse des werktätigen Volkes" angenommen hätten, so daß beide marxistischen Parteien im Rathaus zusammengehen und von ihrer Mehrheit rücksichtslos Gebrauch machen würden. Zu den Forderungen der Kommunisten, denen die SPD zugestimmt hat, gehören Ablehnung jeder Lohnsenkung für Arbeiter und Angestellte, Einführung der 40-Stunden-Woche bei volstem Lohnausgleich, Herabsetzung der Gehälter der höheren und Erhöhung der Löhne der unteren Angestellten, Beamten und Arbeiter.

Streichung der Polizeizuschüsse an die französische Regierung.

Erhebung einer Sondersteuer von allen Einkommen über 5000 Mark, Entlastung aller reaktionären und volksfeind-

lichen Beamten, Unterstützung des Volksbegehrungs- und Volksentscheides auf Auflösung des Braunschweigischen Landtages.

Aufregung in Madrid.

Sediles wird nicht mit dem Tode bestraft.

Das Todesurteil gegen Hauptmann Sediles, das vom Kriegsgericht in Jaca gefällt worden war, hat erhebliche Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Vor der Madrider Universität kam es zu Ausschreitungen der Studenten. Unter Vorantritt einer Tafel mit der Vordehung auf Begnadigung des Offiziers zogen die Studenten ins Zentrum der Stadt. Die Polizei mußte von der blauen Waffe Gebrauch machen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Für den Fall des Vollzuges der Todesstrafe wurde der Generalstreit angekündigt.

Schließlich teilte die Regierung mit, daß sie bereits die Umwandlung der Todesstrafe beschlossen habe, aber von einer Veröffentlichung dieses Beschlusses abgesehen habe, da erst die telegraphische Genehmigung des Königs aus London habe abgewartet werden müssen, die nunmehr eingetroffen sei. Damit ist nun die Ruhe wieder hergestellt.

Haus unserer Heimat

Wilsdruff, am 19. März 1931.

Werblatt für den 20. März.
Sonnerausgang 6⁰⁰ | Mondaugang 18⁰⁰
Sonnenuntergang 18⁰⁰ | Monduntergang 19⁰⁰

1828: Der norwegische Dramatiker Henrik Ibsen geb.

Essentielle Kundgebung anlässlich der Reichs-Handwerkswoche. Bürgerverein, Gewerbeverein, Verein für Handel und Gewerbe, Arbeitgeberverband der Industriellen und der Deutschausschuss für Handwerk und Gewerbe veranstalten anlässlich der Reichshandwerkswoche morgen Freitag abend 8 Uhr im Adler eine große öffentliche Kundgebung zu der Studienrat Meyer-Mörsche als Vortragender gewonnen worden ist. Der gewerbliche Mittelstand, der heute das Werk der gesamten deutschen Mittelbürgerschaft ist, ist durch sozialistische Tendenzen der Reichsregierung und durch Unterstützung der Monopolwirtschaft und der Regiebetriebe in großer Not gekommen und in seinem Bestand und seinen Bestrebungen auf Erhaltung und Förderung der deutschen Mittelbürgerschaft gefährdet. Es muß bei so schweren Krisenzeiten wie heute Aufgabe aller sein, über unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weitestgehende Aufklärung zu erhalten, um eine sachliche Beurteilung der heutigen schwächeren Wirtschaftssituatie zu finden. Deshalb müssen auch alle dem Handwerk und Gewerbe nahestehenden mittelständischen Kreise erlahen und erkennen, welche Bedeutung ein starker deutscher Mittelstand hat, der sich nur aufzubauen kann auf einem starken und in seinem Bestand gesetzten Handwerk und Gewerbe. Darum soll die Kundgebung für Handwerk und Gewerbe werben und das Gefühl der Solidarität in allen mittelständischen Kreisen unter der Parole stärken: Mittelstand kause nur beim Mittelstand!

Die Entlassung der Berufsschüler und Berufsschülerinnen findet am Sonnabend um 11.15 Uhr statt. Eltern und Lehrerinnen sind herzlich willkommen.

Die NSDAP. Gestern Witschenburg hielt gestern abend im Adler wieder eine öffentliche Versammlung ab. Der Vortrag war gut. Vz. Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt-Dresden hielt das Referat. Er betonte einleitend, daß die Nationalsozialisten in erster Linie sich mit der Außenpolitik beschäftigen, denn erst müsse im Land selber alles sauber und die Einigkeit hergestellt sein, ehe man erfolgreiche deutsche Außenpolitik treiben könne. Die bisherigen Außenminister trieben nur die Politik ihrer Partei und die der Marxisten. Weiter bekämpften die Nationalsozialisten alle Klassenpolitik. In Deutschland gebe es keine Klassen, höchstens die einer Büssigkeiten. Das ganze Volk sei blutsozialisiert und gehöre zusammen. Deshalb sei die Klassenforschungtheorie falsch. Die Marxisten rieben 1918 das Volk klassenmäßig auf und machten eine Revolution der Klassen. Sie versprachen den Arbeitern ein Leben in Freiheit, Schönheit und Würde und unmittelbar sie mit der Behauptung, den Krieg bezahlten die Kapitalisten! Dann trieben sie Landesserrat, indem sie das Vertreter-Volksrat unterschieden und damit die Kriegsabschlüsse anerkannten. Das war die größte Herabwürdigung des deutschen Volkes durch Führer der Marxisten, denn nicht das deutsche Volk hatte den Krieg gewollt; aber bezahlen mußte es ihn und

nicht die Kapitalisten. Das und die Erdrohung der Front von hinten enthielten den wahren Charakter der Sozialdemokratie. Sie verübte den zweiten großen Verrat mit der Inflation, die unter ihrer Herrschaft gemacht wurde. Mit einem Gedächtnis tigste man alle Reicoschulden, 1 Billion = 1 Reichsmark, und das deutsche Volk war seines gesamten Sparkapitals beraubt. Das war der Finanzverrat der Marxisten. Die Schuldenlohn verteidigte sich durch Dawes- und Youngplan, ben sie als einzige Retung preisen. Heute sind sie plötzlich aus gegen den Youngplan. Aber das ist nur eine der Spiegelgeschichten, wie der Handel um den Panzerkreuzer B. Die Marxisten haben am wichtigsten Punkt den Kampf gegen das Kapital in ihrem Programm verzeichnet. Aber dieser Kampf hat merkwürdige Erfolge: das Volk bezahlt den Krieg und nicht das Kapital, die Hinterlandseisenbahn wird aus einem sozialistischen Unternehmen in eine kapitalistische Aktiengesellschaft umgewandelt, die deutsche Industrieindustrie an den schwedischen Großkapitalisten Krueger ausgeliefert usw. usw. Neue Monopole ständen in Aussicht, das ganze deutsche Vermögen werde verschachtelt. Ihrem Vertrag fehlen die Marxisten die Kette auf mit der Zustimmung zur internationalen Tributbank, die den deutschen Arbeitern zum Sklaventum verdammt. Eine Partei des Vertrags könne Deutschland nicht retten, aber getötet müsse es werden. Deshalb sei die Nationalsozialistische Partei über alle Widrigkeiten emporgewachsen. Sie forderte das Volk zur Einigkeit auf, damit es endlich besser werde. In großen Zügen ging der Redner auf die nationalsozialistischen Grundannahmen ein. Die Ausführungen fanden großen Beifall. In der Ansprache melde ich einen Oberbernsdorfer Lehrer. Er wurde aber zur Debatte nicht zugelassen, da er sich als parteiloses bezeichnete, während man andererseits wahrscheinlich annahm, daß er doch einer anderen Partei angehörte. Im Schlusswort gelangte der Vortragende die Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei, die vor dem 14. September die Regierung Brünning aufs schärfste bekämpfte. In einem parteifreien Auftritt wurde die Regierung Brünning als mit dem Großkapital verbündet bezeichnet, die die Rechte der Arbeiterschaft niederschlagen wolle. Und vieler selben Regierung folge nun die Sozialdemokratie durch die und dumm, weil sie um ihre Ministerstellen in Preußen bangt und eine Regierung der Nationalsozialisten im Reich fürchtet. Die Nationalsozialisten seien aus dem Reichstage gegangen, weil sie sich nicht mehr zum Gesetzesvollzieher für das deutsche Volk missbrauchen lassen wollten. Ihr ganzes Augenmerk sei auf das Volksbegehr zu Preußen und die kommende Reichspräsidentenwahl gerichtet.

Naturheilverein. Der Vortrag Freitag abend im Forsthaus behandelt den Borsigang und zwei der ächten und innern Auffälligkeiten, die durch Ver nachlässigung und ungenügende flache Aufführung entstehen, führt Mittel und Wege zur Vorbeugung und Verbesserung der Krankheiten der Luftroute und der Lungenschwäche an. Das allgemeine Freiheit der Einzelne viel zu wenig von der Bedeutung der Lungen für sein Wohlbefinden, daher dürfte jeder, vor allem Eltern und Lehrer sowie Berufstätige für dieses wichtige Thema Interesse aufbringen.

Schützenhaus-Lichtspiele. „Das Recht auf Liebe“. Ein Fall aus dem Leben gegriffen und darum überzeugend und eindrücklich. Der Bildkünstler fand überall freundliche Aufnahme. Dr. Magnus Hirschfeld schließt einen Vortrag mit den Worten: Deshalb rate ich Ihnen dringend, geben Sie nicht blind in die Ehe. Lassen Sie sich nicht durch Reichtum oder die hohe Stellung des Mannes oder große Macht der Frau wissen und unwillentlich täuschen. Für den Stand und das Glück einer Ehe sind die ehrlichsten Voraussetzungen ebenso wichtig wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen. Beidseitige Geliebten alleinständ vor jeder gesetzlichen Verlobung eine unerlässliche Voraussetzung. Was Ihnen muß nicht nur der körperliche und seelische Aufwand derer begegnen, die sich zur Lebens- und Liebesgemeinschaft verbinden wollen, sondern auch die Aussicht für eine gesunde Nachkommenchaft. Das Beispiel, das wir Ihnen geben, ist ein beispielhaftes, das aus vielen ähnlichen herausgegriffen ist. Auch das vorher eingeholt. Einverstand der Frau enthebt den Mann nicht seiner Schwäche. Einverständnis sind bei Frauen um so häufiger, als sie oft genug über die Tragweite dessen, was sie auf sich nehmen, nicht im klaren sind. Die Tatsache allein, dass an dem Film der bekannte Sexualpsychologe Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld einen Anteil genommen hat, macht ihn sehr wertvoll. Das schauspielerische Können Evelyn Dolls und des weniger bekannten Hugo von Hofen lädt das „Spiel der drei“ zu einem wirklichen Erlebnis werden.

Kaufbach. Um Verlegung der Kraftposthaltestelle. Wenn eine Kraftposthaltestelle am falschen Platze angesetzt ist, so ist es sicher die am Kaufbacher Weg. Zeitweise ist es fast unmöglich, dorthin zu kommen, wenn man nicht die

fahrt fest nach Mainz und kommt heute nicht zurück, da ich diesen Abend eine wichtige Besprechung habe."

Er war gegangen und Nora von Stern lag noch auf ihrem Bett und blickte auf die Rechte nieder, die ihr der Graf gefügt. Ein erster Handkuss! Das Zeichen, daß sie nun in ihren Augen nicht mehr die bezahlte Angestellte war.

Sie hörte das Auto unten über den gepflasterten Hof fahren und wußte, jetzt war Lothar von Brieskow fort. Sie eilte hinauf in seine Zimmer, hielt wieder Umschau. Sie begreift nicht, wo er das mächtige Ebenbild seines geschiedenen Freundes gelassen. Es war doch zu groß, um es in einem Schreibmöbel auszuheben.

Im Schloßzimmer oder Salon mußte es sich befinden, doch es gab hier keinen Winkel, den sie nicht bereits durchsucht hätte. Nora von Stern war sehr neugierig, zu erfahren, wo der Graf sein Geheimnis barg, und sie nahm sich vor, nicht eher zu ruhen, bis sie es entdeckt.

Sie gab sich fortan noch mehr Mühe mit den Kindern, obwohl sie sich nicht allzuviel aus ihnen mache, aber sie erkannte an, nur ihre besondere Liebe zu den beiden kleinen war der Hauptgrund gewesen, daß sie Lothar von Brieskow zu seiner Frau machen wollte.

Zwei Tage später sandte ihr eine Frankfurter Bank die Mitteilung, es wären auf ihren Namen fünfzigtausend Mark dort niedergelegt. Der Briefkopf lag ein Schreibbuch bei.

Nora war so erregt von der Höhe der Summe, daß sie immer wieder die kurze Nachricht las, ehe sie allmählich begriff, daß viele Geld war ihr Eigentum und sie durfte dafür die feinsten Wäsche kaufen und auch sonst noch allerlei Dinge, an die sie sonst nie hätte denken dürfen.

14.

Pierre Duvant hatte sich während seiner amerikanischen Gastspielreise eine sehr elegante Lage eingerichtet lassen in Paris in einer Villa, in der im Hochparterre die Eigentümervon wohnte, eine reiche, noch junge Witwe. Im Viertel des Faubourg Saint-Germain, in dem viele Adelsfamilien ihre Heimstätten haben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Tochter des Spielers

Roman von Anna von Panhuis.

24. Fortsetzung Nachdruck verboten

Fräulein von Stern. Sie gestanden mir gestern, Sie hätten mich lieb. Ich liebe Sie nicht. Sie wissen ja, wen ich liebe. Aber noch den, was mit die gesunde Nacht drohte, liegt mir vor allem an Ihrem Schweigen. Ich meine, wenn Sie auch zunächst schweigen werden — Er zuckte die Achseln. Ich mache Ihnen den Vorschlag, meine Frau zu verlassen. Fräulein von Stern, vielleicht ist das um der Kinder willen schon sehr gut. Ihre Liebe kann ich ja nicht erwidern, aber vielleicht wenn Sie sich mit einer ehelichen Freundschaft zufrieden geben wollen, könnte es ein ganz schönes Zusammenwanderen zu zweien werden? Er sah sie an. Wie denken Sie über meinen Antrag, Fräulein von Stern?

Nora bedurfte ihrer ganzen Selbstbeherrschung, sonst hätte sie einen lauten Jubelruf ausgefohlen. Gültiger Himmel, nun kam das Glück in einem Augenblick, in dem sie es um wenigstens erwarten. Ihr alter ehrgeiziger Traum sollte ganz plötzlich erfüllt werden.

Er gestaltete sich rosig gefügt und ihre Augen leuchteten triumphierend. Wo war es doch nicht vergebens gewesen ihr Hoffen und harren.

Lothar von Brieskow aber suchte noch anderen Gründen für das Glück und die leuchtenden Augen Noras. Sie habe ihm ja gestern oben, nachdem er die Worte „Nachspielen“ und „Neugier“ gebraucht, ihre Liebe bekannt, um nicht niedriger Motive von ihm beschuldigt zu werden.

Er fragte noch einmal: „Wie denken Sie über meinen Antrag, Fräulein von Stern?“

Sie hob den Blick. Ihre Augen funkelten so klar und offen dreinsehen und ihre innere Erregung war groß genug, so daß sie ihre Stimme nicht zum Leben bringen brauchte, als sie erwiderte: „Ich nehme gern, nein, übergern Ihren Antrag an, denn wenn mich der Vater nicht lebt, die Kinder

dürfen es und ich wäre glücklich. Ihnen wenigstens ein guter Antrag sei zu dürfen.“

Ihre Worte klangen lächelnd und aus dem Herzen kommend. Und er empfand sie so, reichte ihr die Hand.

Berzelten Sie, wenn ich ehrlich bekenne, auf diese Weise glaube ich mein immerhin etwas eigenartliches Geheimnis am besten geschützt. Ich betone aber, Fräulein von Stern, das Geheimnis las ich mir nicht nehmen. Sie dürfen nicht erwarten, ich werde es vielleicht zerstören. Ich liebe meine Frau noch immer so sehr wie damals, als ich sie heiratete. Sie Frau, die mich betrog, ist tot für mich, nur die einzige. Und von nun an werden wir über das Thema nicht mehr sprechen. Da meine Scheidung noch sehr lange zurückliegt, soll vorläufig noch keine Hochzeit stattfinden, ein Jahr möchte ich mindestens als Freiheit bis dahin einschließen. Aber wir beide sind uns ja einig und das ist die Hauptfrage. Sie dürfen natürlich auch zu niemand darüber sprechen, weil es Ihrem Ruf schaden würde. Sie wissen, wie die Leute denken, es könnte Gossip geben. Wenn es dann soweit ist, werden Sie ein paar Wochen in Frankfurt wohnen und dort heißen wir.“

Nora von Stern war sehr enttäuscht. Die Worte klangen nicht gestört, denn sie liebte Lothar von Brieskow ja nicht, aber ein Jahr ist lang, was kommt in einem Jahr nicht alles geschehen und sich ändern. Doch zunächst mußte sie sich mit allem einverstanden erklären.

Es war und blieb ein großer und überraschender Sieg, den sie errungen.

In unserem jetzigen Zusammenleben ändert sich nichts, gar nichts. Ich werde mit erlauben, Ihnen in den nächsten Tagen ein Schreibbuch auszuhändigen, damit Sie ja, wenn Sie Lust dazu haben, allmählich alles das angeschaffen können, was Sie glauben noch zu brauchen an persönlicher Ausstattung.“ Er erhob sich. „Ich hoffe, Nora, wir beide werden das Abkommen, das wir heute getroffen, niemals brechen.“ Er nahm ihre Hand und führte sie, verneigte sich dann: „Ich

Bezirksausschuss, Haushaltplanberatung — Ablehnung einer Nachtragsbezirksumlage.

Der Bezirksausschuss Meißen hält diesmal keine Sitzungen am Mittwoch vormittag 9 Uhr im Rathaus zu 20 m a h l ab. Amtshauptmann Schmidt dankt nach kurzer Begrüßung den südlichen Kollegen von Zommaisch für die Begrüßung des mit Blumen geschmückten Ratsitzungsaales.

Bürgermeister Beindorf begrüßt namens der städtischen Körperschaften von Zommaisch die Mitglieder des Ausschusses, wobei auf den Ernst der Zeit hin, der leider vertriebene Gastlichkeit und Gastfreundschaft zu über. Erfreulich ist, daß der Bezirksausschuss durch seine Anwesenheit erkennen lasse, daß er bestrebt sei, sich an Ort und Stelle von der Not und Sorge der Gemeinden zu überzeugen.

In die Beratung der Tagesordnung eintretend genehmigte der Ausschuss zunächst eine Bezirksgrenzveränderung, die durch veranlaßt ist, daß beim Bau des Pumpspeicherwerkes in Niederwartha 21,2 Ar Raum überdauert werden, die zum Meißner Bezirk gehörten. Der Ausschuss erfolgt zwischen den Gemeinden Köthenbroda und Niederwartha.

Erhebung einer Nachtragsbezirksumlage.

Bei der Beratung des Haushaltplanes beschäftigt sich der Ausschuss zunächst mit der Erhebung einer Nachtragsbezirksumlage für das Rechnungsjahr 1931. Amtshauptmann Schmidt lädt dazu aus. Der Bezirksausschuss steht heute vor einer schweren Entscheidung. Der Bezirksverband hat am Schluß seines Geschäftsjahres mit einem Fehlbetrag von über 500 000 RM. zu rechnen, weshalb sich die Erhebung einer Nachtragsumlage notwendig macht. Die Ursache unserer Finanznot ist zu suchen in den Wiedereinigungen an Ueberweisungsteuern in Höhe von 170 000 RM., dem Ausfall von 73 000 RM., die wir aus dem Ausgleichsstok erhalten und in den Mehrausgaben in der Kreisfeuerwehr, in der Erwerbslosen- und sonstigen Mittellosenfürsorge, in den Verlusten, die in den vergangenen Monaten gemacht wurden, ermöglichten es, den voraussichtlichen Fehlbetrag auf 11 000 RM. herabzubauen. Dabei muß immer wieder betont werden, daß der Meißner Bezirk infolge des geringen Steueraufkommens schon sehr Deutlich eine höhere Umlage zu erledigen hatte als andere Bezirke.

So weit natürlich auch, wie schwer es in dieser Zeit der großen Finanznot der Gemeinden ist, eine höhere Bezirksumlage zu erledigen, doch es gibt keinen anderen Weg, um den Bezirk jahrgängig zu erhalten. Der finanzielle Zusammenbruch des Bezirks würde auch für die Industriellen- und Arbeitserwohngemeinden eine Katastrophe bedeuten. Sie würden dann in vielen Sälen den Kleinrentnern, Sozialrentnern und Wohlfahrtsverbandslosen die ihnen zustehende Unterstützung nicht mehr auszahlen und auch sonstige wichtige Aufgaben nicht erfüllen können.

Den Gemeinden steht der Weg offen — in Gegenzahl zu den Bezirksverbänden, die nichts aus dem Ausgleichsstok erhalten — soweit sie bedürftig sind, mit Anträgen an den Landesausgleichsstok zu gehen. Deshalb bitte ich Sie zu beschließen, dem am 31. März 1931 stattfindenden Bezirksrat zu empfehlen, dem Antrag, eine Nachtragsumlage in Höhe von 511 000 RM. zu erledigen, zu stimmen. Ich bitte dazu aus, daß man die

Bürgermeister Götschner darüber hinaus darum bitten möge, die schwere finanzielle Notlage des Bezirks, hervorgerufen durch die großen Ausgaben für Wohlfahrtsverbandsfürsorge und verlängerte Steuerentgelte, anerkenne. Man müsse sich aber auch darüber einigen, daß ein Weg gefunden werden müsse, diese Notlage zu beseitigen. Zur Erhebung einer Nachtragsbezirksumlage könne man sich nicht entschließen, weil man der Ueberzeugung sei, daß

90% der Bezirksgemeinden die Umlage nicht zahlen könnten. Die Meinung gehe dahin, daß man auf anderem Wege zum Ziel gelangen müsse. Er beantragt deshalb:

Der Bezirk möge ein Darlehen in Höhe von 300 000 RM. aufnehmen, das zur Deckung der Kosten mitverwendet werden solle. Von der Erhebung einer Nachtragsumlage möge abgesehen werden.

Durch die Umlageaufnahme müsse vor allem auch der Staatsregierung nachgewiesen werden, daß die Gemeinden nicht mehr zahlen können.

Bürgermeister Reiß erklärt für die Linke, daß man sich dem Vorschlag anschließe. Er bitte, das Darlehen kurzfristig zu machen und die Rückzahlung seitens der Gemeinden auf 3 oder 5 Jahre zu verteilen; das werde der glücklichere Ausweg für alle Gemeinden sein und auch ein Mittel, um ehesten aus der Schuldenwirtschaft herauszufinden.

Bürgermeister Zimmermann schließt sich den gemachten Ausschöpfungen an. Er betont, daß die finanzielle Lage ernst ist und daß in der Zukunft Wege wie bisher nicht mehr gegangen werden können. Es müsse endlich die Wahrheit gesagt werden. An den Verband der Bezirksumlage möge ein Antrag gestellt werden mit dem Ertragen, die Reichsregierung aufzufordern, die Haushaltungen einzustellen und die Mittel dazu zu verwenden, die deutschen Soziallosen zu begleichen. Es sei doch ganz offensichtlich, daß wir am Ende unserer Kraft seien, und da sei es Pflicht, ehe das Geld ins Ausland gebe, die Mittel für die Unterstützung der notleidenden Kreise zu verwenden.

Stadtrat Ziener beweist, daß die Anforderungen der Gemeinden aus dem Ausgleichsstok geleistet werden könnten. Der vorgeschlagene Weg befürchte die Belastung der einzelnen Gemeinden und führt einen gewissen Zwang herbei, die Regierung ihre Aufgaben erledigen zu lassen, dafür zu sorgen, daß den Gemeinden für die ihnen von der Regierung aufgebürdeten Lasten auch Mittel zur Deckung der Kosten gegeben werden müssen.

Bürgermeister Reiß ist der Meinung, daß die Rechte die Dinge durch die Ausführung des Haushaltplanes ins Politische ziehen will, doch wird von Amtshauptmann Schmidt dahin bestätigt, daß wohl alle Anwesenden einmütig den Zustand befürwünschen, daß keine Zahlungen mehr erfolgen. Bürgermeister Zimmermann betont ebenfalls, daß ein solcher Wunsch doch wohl nicht politisch verstanden werden könne, sondern daß man vom rein menschlichen Standpunkt aus gar nicht anders denken könne.

Der Bezirksausschuss lehrt hierauf einstimmig die Erhebung einer Nachtragsbezirksumlage gegen die Stimme des Amtshauptmanns ab und stimmt dem Antrag Götschner zu zur Aufnahme eines Darlehens von 300 000 RM.

Stadtrat Ziener macht noch darauf aufmerksam, daß die Darlehensschuld als schwebende Schuld der Gemeinden stehen bleibt, die zur Zurückzahlung an den Bezirk verpflichtet bleiben.

Der Haushaltplan steht sodann zur Beratung. Er schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 2 307 133 RM. bei einem Fehlbetrag von 324 900 RM. Der Finanzauszug hat einstimmig den Plan genehmigt.

Bürgermeister Götschner beantragt, von einer Einzelberatung der Kapitel abzusehen und den Haushaltplan dem Bezirksrat zur Annahme zu empfehlen. Die Linke schließt sich diesem Vorschlag an, so daß der Plan ohne Aussprache angenommen wird. (Schluß folgt.)

Vereinskalender.

Naturheilverein. 20. März Vorlesung im "Festhaus".

Reitverein Oberwartha. 21. März Film- und Ballabend.

Besitzlosen-Verein. 24. und 25. März Obstbaustam.

Verein für Handel und Gewerbe. 24. März Jahreshauptversammlung.

Wetterbericht.

Herrstand des herrschenden Witterungscharakters. Bis zur normalen Erwärmung auch im Gebirge, teilweise östlich, anhaltende Wärmeperiode. Vorstehende Nacht noch nicht überall frostfrei. Südöstliche bis südliche Winde von mäßiger Stärke.

Sachsen und Nachbarschaft

Die Genehmigung von Notstandsarbeiten.

Neuordnung durch das Arbeitsministerium.

Bei der Vornahme von Notstandsarbeiten bedürfen die Gemeinden und Bezirksverbände der Genehmigung der Bezirksbehörden sowohl für die aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge als Darlehen gewährte finanzielle Förderung wie für die Finanzierung, wenn dazu die Aufnahme von Darlehen nötig ist; die Gefüche sind dem Kreditinstitut für die sächsischen Gemeinden und Bezirksverbände vorzulegen. Die Arbeiten dürfen nicht begonnen werden, wenn nicht die Finanzierung gesichert und die aussichtsbehördliche Genehmigung erteilt ist.

Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern hat jetzt das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium angeordnet, daß die aussichtsbehördliche Genehmigung spätestens in dem Zeitpunkt nachgefragt wird, in dem der Antrag auf die Grundförderung und verstärkte Förderung beim Arbeitsamt eingereicht wird. Die Bescheide über die verstärkte Förderung werden vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in der Regel erst dann angefertigt werden, wenn die Genehmigung der Aussichtsbehörde nachgewiesen ist.

Dresden. Tödlich überfahren. Auf der Saalhäuser Straße wurde der vier Jahre alte Günther Schnee von einem LKW-Fahrer überfahren. Er verstarb nach kurzer Zeit.

Dresden. David und Goliath. Am Schauspielhaus fuhr ein Elektrokarren einem LKW-Fahrer mit solcher Wucht in die Flanke, daß dieser umstürzte. Eine Person wurde schwer verletzt.

Kamenz. Ein braver Mann. Der Gärtnergehilfe Werner Lehmann rettete unter Einsetzen des elterlichen Lebens ein Kind, das durch die dünne Eisdecke des Bäderteiches eingebrochen war, vom Tod des Ertrinkens.

Görsdorf. Der älteste Einwohner f. Der älteste Einwohner der hiesigen Gemeinde, Albert Hermann Turpe, ist im Alter von fast 93 Jahren gestorben.

Herrenhaide. Hobes Alter. Frau Emma verlo. Heiner konnte in körperlicher und geistiger Frische ihren 90. Geburtstag feiern.

Göda. Einbruch. Bei einem Einbruch in die Vereinsstube des Warenentnahmevereins wurde die eiserne Kassette mit der Tageseinnahme von 1400 Mark sowie sechs Sparbücher gestohlen.

Borna (Bezirk Leipzig). Gut besuchte Jugendherbergen. Bei den jüdischen Jugendherbergen ist im letzten Jahre infolge des allgemeinen schlechten Wetters und der traurigen Wirtschaftslage ein Rückgang von 31 000 Übernachtungen zu verzeichnen. Bei den vier Jugendherbergen der Amtshauptmannschaft Borna (Buchheim, Seithain, Großschönau und Neiß-Breitungen) ist hingegen erstaunlicherweise ein Mehr von 3076 Übernachtungen gebucht.

Zur sächsischen Gemeindeparlamente.

Verspäteter Haushaltplan.

Grimma. In der letzten Stadtverordnetensitzung lag u. a. der Haushaltplan 1930/31, der vom Rat mit einem Defizit von 190 500 Mark verabschiedet worden ist, zur Beratung vor. Im einzelnen übten die Vertreter der verschiedenen Parteien scharfe Kritik an der ungewöhnlichen Verschleppung der Beratung über den Haushaltplan. Es wäre jetzt nicht möglich, Streichungen oder sonstige Änderungen daran vorzunehmen, nachdem ja die Ausgaben bereits gemacht worden seien. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten wurde schließlich der Haushaltplan gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Zur Befreiung vom Religionsunterricht.

Die Rechtslage in Sachsen.

In einem Urteil des preußischen Kammergerichts wird ausgeführt, daß nach der preußischen Regelung zur Abmeldung eines Schülers vom Religionsunterricht die Erklärung eines Elternteils genüge, wenn sie nach den Gesamtkundländern die Einigung der Eltern zweifelsfrei ergebe. Nachdem dieses Urteil in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, sind Zweifel darüber entstanden, ob in Sachsen die Schuleitung zur Abmeldung vom Religionsunterricht beim Vorhandensein beider Eltern auch künftig noch die schriftliche Erklärung der Eltern pflichtig sei, noch ob eine schriftliche Erklärung der Eltern die Unterschrift beider Eltern fordern könne. Das sächsische Volksbildungsministerium findet, wie es in seinem Verordnungsblatt mitteilt, keinen ausreichenden Anlaß, diese Vorchrift zu ändern, da sich die Einigung beider Eltern grundsätzlich am einfachsten und sichersten aus ihren schriftlichen Erklärungen oder ihren Unterschriften ergibt. Die fehlende Unterschrift des anderen Elternteiles braucht ausnahmsweise dann nicht nachgefordert zu werden, wenn die Einigung der Eltern der Schule in anderer Weise bekannt ist oder sich nach den Gesamtkundländern zweifelsfrei ergibt.

Geringe Bautätigkeit im Januar.

Im Freistaat Sachsen wurden, wie das Statistische Landesamt meldet, im Januar 255 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 19, Chemnitz 52, Dresden 59, Leipzig 55 und Zwickau 49. Diese Neubauten kosten insgesamt 741 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 73 Baugenehmigungen für Umbau-, An- und Ausbauten mit insgesamt 129 Wohnungen erteilt. Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 494 Neubauten mit 1433 Wohnungen. 489 Neubauten waren Wohnhäuser, davon 223 Ein- und 110 Zweifamilienhäuser. Alle Gebäudeabgänge waren im Januar 9 Häuser mit 15 Wohnungen zu verzeichnen. Die Berichtszeit erbrachte insgesamt einen Auswuchs von 1584 Wohnungen (Monat Januar 1930: 2398). Nur Bauten ohne Wohnungen beträgt die Zahl der im Januar 1931 genehmigten Neubauten 162, von denen 152 wirtschaftlichen Zwecken dienen sollen.

Mord und Selbstmord aus Eifersucht.

Die Geliebte mit dem Veil erschlagen.

In Großröderwald erschlug der 27jährige Wirtschaftsgeselle Loos mit einem Veil die 22 Jahre alte Dora Uhlig, mit der er ein Liebesverhältnis hatte, das das Mädchen anscheinlich lösen wollte. Die Tat geschah im elterlichen Hause des Mädchens. Nach der Tat erhängte sich der Täter in einer nahegelegenen Scheune.

Der "Freiheitsstampf" auf vier Wochen verboten.

Die Dresdner nationalsozialistische Tageszeitung "Der Freiheitsstampf" ist wegen ausdrücklicher Billigung der von einem Polizeiachtmester in Hamburg an einem Regierungsrat der dortigen Polizeibehörde begangenen Gewalttätigkeit auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik auf die Dauer von vier Wochen, und zwar bis einschließlich 15. April verboten worden.

Aus den Grenzlanden.

Antrag auf Auflösung des Thüringer Landtags.

Den Anstoß zwischen der Deutschen Volkspartei und den Nationalsozialisten haben die Kommunisten zu einem neuen Vorstoß gegen die Thüringer Regierungskoalition benutzt, indem sie im Landtag einen Antrag auf Auflösung des Landesparlamentes einbrachten.

Um die modernen Bilder.

Im Hausbauausschuß des Landtages kam die Entfernung moderner Bilder aus dem Weimarer Schloßmuseum zur Sprache. Die Frage, ob die jetzt magazinierten Bilder im Schloßmuseum eine neue Stätte finden sollten, beantwortete die Regierung im bejahenden Sinne.

Arnsdorf. Mit der Art niedergeschlagen. Der Schuhmacher und Landwirt Leopold in Rockhausen wurde nach einem erregten Wortwechsel von seinem bei ihm wohnenden Schwiegereltern mit einer Art niedergeschlagen. Der alte Mann mußte blutüberströmt nach dem Erfurter Krankenhaus gebracht werden.

Jena. Aufsehen erregende Verhaftung. Der Kurzschreiber und Kartellleger im Bahnhof Karl Birnboim wurde verhaftet, weil die Polizei annimmt, daß er zu dem Verschwinden der Frau Hundertmark Aussagen machen kann.

Handwerk tut not!

Börse • Handel • Wirtschaft

Amtliche jährliche Notierungen vom 18. März.

Dresden. An der Börse bröckelt bei geringen Umläufen die Kurie weiter ab, doch kann man die Tendenz noch als gehalten bezeichnen. Alltäglich bewegen sich Schätzchen mit, während Baugrunder 2 Prozent anzoomen. Es verloren Darmstädter Bank 2, Großenhainer Weinhut 3, Schönherren 2 und Schubert u. Salzer 1,75, jerner Ver. Baugrunder 6, Ver. Photoateliere 4, Minigru 2,75, weniger 2 und Dresdner Aluminatiens und Ver. Strohschloss 1,75 Prozent. Weiter verloren Bergmann 6, Clemens Müller 2 und Gekira 1,75 Prozent. Somag gewannen 2,5 Prozent, während Stadt und Triton je 2 Prozent schwanken. Kunstbrud Riedersdorff 1,75 Prozent, während Münchberg 2,5 und Rückenreiter 2 Prozent verloren. Anlagegewinn neigte zur Schwäche, bis auf einige Städte leisten, die leicht aufzutreten.

Leipzig. Die Börse ging weiter zurück. Verluste hatten Märkte Gladbach 6, Selbiger Zimmereien 3 Prozent, während Rüdtlitzsch 4 Prozent gewonnen. Im Kreisverkehr hatten Leipzigischer Graphische Werke einen Gewinn von 5 Prozent.

Cheznik. Die Börse verscheide schwach. Nur Steiner's Paradesseinen und Minow gewannen je 2 Prozent, während Wancker 2 Prozent verloren wußten. Anleihen ruhig. Banken behaupten Kreisverkehr unverändert.

Chemnitzer Produktionsbüro. Weizen inf. 206–302, Roggen 190–195, Sandangen 197–202, Sommergerste 225–240, Wintergerste 210–220, Hafer neu 170–185, Weizenmehl 49,50, Roggenmehl 32,25, Weizenflocke 13, Roggenflocke 12,50, Wiesenbohne neu 10,7, Getreidesstroh drohnepreis 3.

Amtliche Berliner Notierungen vom 18. März.

Börsenbericht. Tendenz: Schwinden. Weitere Realisationen des Publikums drücken hente aus die Kurie, die zu Beginn 1 bis 3 Prozent unter den Schlussnotierungen des Vorjahrs lagen. Nachdem das Kursniveau in den letzten Wochen um 30 bis 40 Prozent gestiegen ist, treten gewisse Abwalterschertungen an, die sich auch in einem starken Nachlassen des Geschäftsumfangs ausdrücken. Die Spekulation war weiterhin zu Abgängen geneigt. Tagesgeschäft entpanne sich weiterhin auf 4 bis 6 Prozent. Nach den Anfangsschwierigkeiten schwächte sich die Tendenz weiter ab. Im Verlauf bröckelte das Kursniveau weiter ab.

Devisenbörse. Toller 4,19–4,20; engl. Pfund 20,37 bis 20,41; Holl. Gulden 168,11–168,45; Danz 81,46–81,62; franz. Franc 16,40–16,44; schwed. 80,67–80,85; Belg. 58,42–58,54; Italien 21,97–22,01; schwed. Krona 112,26–112,48; dän. 112,14 bis 112,36; norweg. 112,15–112,37; tschech. 12,42–12,44; öster. Schilling 58,95–59,07; poln. złoty (marktmarktf.) 46,92–47,12; Argentinien 1,43–1,46; Spanien 43,29–44,07.

Produktionsbüro. Weizen war in prompter Steigerung mehr angeboten, weniger gefragt und im Preise nachgegeben. Etwa 5 Mark billiger als am Vorjahr fanden Umsätze statt. Steigerungsware ansonsten für spätere Sicht schwächer, im Verlauf befestigt.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm im Reichsmarkt.

	18.3.	17.8.	18.3.	17.8.
Welt, märk.	284-296	289-291	Weizl. 1. Bln.	13,3-13,6 13,3-13,6
pommersch.	—	—	Raps. 1. Bln.	12,5-12,7 12,5-12,7
Rogg. märk.	183-185	183-185	—	—
Brangerei	223-232	222-232	Perlsaat	—
Wintergerste	206-222	206-222	Wf. Erbsen	24,0-29,0 23,0-29,0
Sommergerste	—	—	Fl. Speiererb.	22,0-24,0 22,0-24,0
Hafer märk.	160-165	160-165	Hauterbenien	19,0-21,0 19,0-21,0
pommersch.	—	—	Wf. Getreide	24,0-27,0 24,0-27,0
westdeutsch.	—	—	Wf. Ackerbohnen	17,0-19,0 17,0-19,0
Weseranembd	p 100 kg ir.	—	Wf. Bohnen	23,0-25,0 23,0-25,0
Wf. ir. intl.	21,0-25,0	21,0-25,0	Lupine, blaue	13,0-15,0 13,0-15,0
Sad (semtl.)	65,0-67,0	65,0-67,0	Lupine, gelbe	21,0-25,0 21,0-25,0
M. u. Rot	34,5-41,0	34,7-41,0	Rapsfrüchte	9,8-10,2 9,8-10,2
Roggenmehl	p 100 kg ir.	—	Perlsuchen	15,8-16,0 15,8-16,0
Berlin br. intl. Sad	26,2-29,7	28,9-29,1	Zwetschgenpfl.	7,6-7,7 7,6-7,7
Wilsdruff, den 18. März 1931.	Ortsrichter Gerlach, Konkursverwalter.	Tortini	15,2-16,2 15,2-16,2	
Ortsrichter Gerlach, Konkursverwalter.	14,7-15,2 14,7-15,2			

Amtliche Verkündigungen

Bekanntmachung der Versteigerung.

Freitag, am 20. März 1931 vormittags 11 Uhr soll in Herzogswalde 1 Waschsalone öffentlich versteigert werden. Bieter sammeln am Gemeindeamt.

Vollstreckungsbeamte des Finanzamts Rossen. Finanzamt Rossen, Rossen, am 18. März 1931.

Schlüsselteilung.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wirtschaftsbüros Max Bruno Schubert in Klipphausen soll mit Genehmigung des Gläubigerausschusses und des Konkursgerichtes die Schlüsselteilung erfolgen. Zu berücksichtigen sind 24,25 RM, bevorrechtigte Forderungen und 570,10 RM nichtvorrechtige Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt 833,71 RM, wovon noch Vergütung und Auslagen des Gläubigerausschusses in Abzug zu bringen sind, hinzu kommen noch die Banken. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wilsdruff aus.

Wilsdruff, den 18. März 1931.

Ortsrichter Gerlach, Konkursverwalter.

Freibank.

Freitag, den 20. März 1931, von 1 Uhr nachmittags an Verkauf von Kindstextilien in rohem Zustande zum Preis von 50 Pf. pro Pfund.

Wilsdruff, den 19. März 1931.

Der Stadtrat.

Die Entlassung der Berufsschüler und Schülerinnen findet am Sonnabend, 21. März um 11,15 Uhr statt.

Wilsdruff, 19. März 1931.

Der Berufsschulleiter

Jede Familie ihr eigene Zeitung!

Das erspart Ärger und Verdruss.

20jähriges Mädchen sucht:

Stellung als Stütze

der Hausfrau in großem Stil oder als Sekretärin Ang. am Berliner Bräuer, Freital + Böschappel, Untere Dresdner Str. 81, p.

Reichs-Handwerks-Woche

Anlässlich der Reichs-Handwerks-Woche findet **Freitag, den 20. März 1931, abends 8 Uhr im "Adler"**

eine öffentliche Kundgebung

statt. Hierzu werden alle an Handwerk, Handel und Gewerbe interessierten Kreise herzlichst eingeladen.

Referent: Studienrat Meyer, Klotzsche. Bürgerverein Wilsdruff, Gewerbe-Verein, Verein für Handel und Gewerbe, Arbeitgeberschutzverband der Industriellen von Wilsdruff u. Umgegend, Ortsausschuss für Handwerk und Gewerbe.

Handwerk tut not!

Fördert das Handwerk!

Jeder Auftrag, dem Handwerk erteilt, bildet ein wertvolles Jähnchen in dem machtvollen Getriebe unserer Wirtschaft, ist gleichbedeutend mit dem Oelstrom, durch den dieses Getriebe reibungslos und wertschaffenden Lauf erhält.

Ortsausschuss für Handwerk, Handel und Gewerbe im Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff.

Dankkarten

erfüllt preiswert und zauber an

Buchdruckerei A. Zschunke, Wilsdruff

Zeller Str. 29

Fernruf: Nr. 6

Baustelle

im Kaufbuch sofort zu verpacken.

Öwin Roßsch,

Groß-Döp. Nr. 20

bei Tharandt

Gesangbücher

anfolge Aufgabe bestehen noch einige gute

ganz billig

zu verkaufen.

Arthur Ulrich,

Gesang Rosa, Leipziger Straße

Steile Presse-Bericht!

Heute Donnerstag u. morgen Freitag

die guten frisch-

geräucherten

Schottenheringe

sowie die prima selb-

marinierten

Paul Jähne

Dresdner Straße 87

Für die uns anlässlich unserer Ver- und Geschäftszwecke von Nachbarn, Freunden und Bekannten aus der Gemeinde Blankenstein sagen wie zugleich im Namen unserer Eltern

herzlichsten Dank.

Blankenstein, im März 1931.

Bruno Teller und Frau

Flora geb. Rond.

Schützenhaus-Lichtspiele

Wilsdruff

Donnerstag, den 19. Februar,

den 20. Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. März: Ein Film der geschmackvoll und elegant aufgemacht, eine Reihe freundlicher Eindrücke bietet

Das Recht auf Liebe

In den Hauptrollen:

Evelyn Holt + Leo Thym

Dazu: Wochenschau, Kulturfilm

Urtspiel

Steile Presse-Bericht!

Ein Lichtlein wacht . . .

Sterne lachten in die Waldeskronen,
Brennend blühend und mit kaltem Strahl
Mandorale aus dem Herd der Millionen
Gauft ein Funke feigeschwind zu Tal.

Im bereitsten Lande, weiß wie Linnen
Liegt der Mond. Die Bäume schwatten schwer.
Aus dem leeren, leisbewegten Wipfeln
Streift der Nachtwind weile Aeste her.

Wege laufen weit ins Ungewisse.
Die am Tage voller Lärm und Hoft.
Jede Höhe sich mit Gold bestänzte.
Lichter lodern dort zur führen Rast.

Und der Wambter, der in Fernen streift,
Fühlt der Stunde ganze Zauberwucht,
Fühlst beglückt, daß unter Millionen
Auch ein Licht für ihn in Treue wacht.

Land unterm Kreuz.

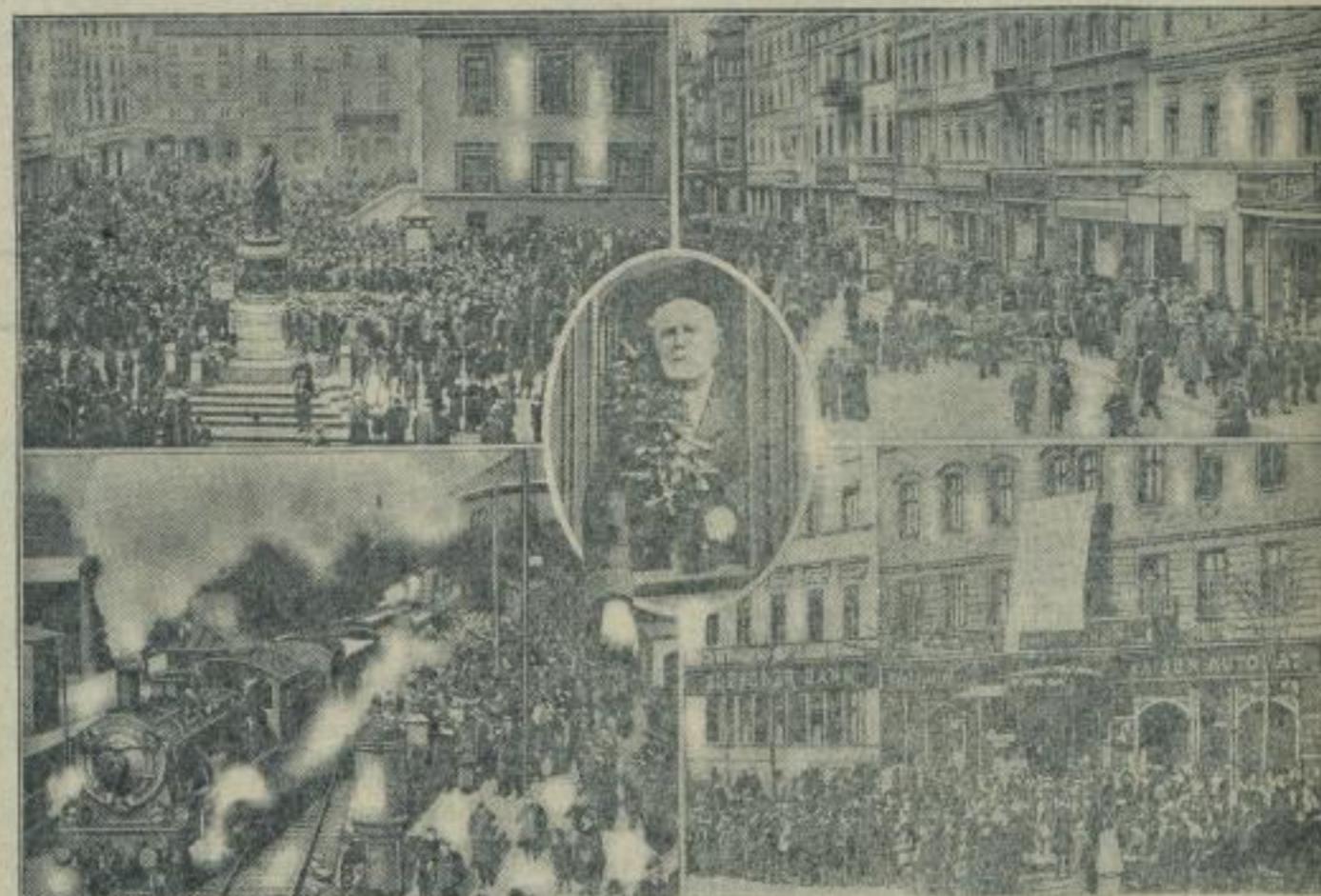
Im Rate der „großen vier“ in Versailles war es 1919 beschlossen worden: Dem neugegründeten polnischen Staat sollte als bestes, als wertvolles Geschenk fast das ganze deutsche Oberschlesien in die Wiege gelegt werden. Und so stand es noch in dem ersten Diktat, das am 7. Mai 1919 der deutschen Delegation überreicht worden ist. Schließlich gelang es doch noch, das Jugständnis einer Volksabstimmung zu erhalten, — und dann, nachdem wir zur Unterzeichnung des Diktats gezwungen waren, daß Oberschlesiens zwanzigjährige Leidenszeit unter dem Regime der Alliierten an; denn deutsche Behörden hatten nichts mehr zu sagen. Mehrmals, auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, versuchten die Polen, sich gewaltsam in den Reichs-Oberschlesiens zu legen. Gries die deutsche Regierung zu militärischen Gegenmaßnahmen, dann waren die Alliierten mit drohenden Noten sofort zur Stelle. „Land unterm Kreuz“, — kein deutsches Land hat so durchbares leiden müssen wie Oberschlesien. Der Name Korfantys, des Führers der polnischen Insurgents, steht über der Geschichte dieser Leidenszeit, in der das Leben von Deutschen nichts galt, deutsches Recht dohnlauchend mit Haken getreten wurde. Hier ist eine blutige, eine unvergängliche Rechnung geschrieben worden.

Und immer wieder wurde der Zeitpunkt hinausgeschoben, an dem nun endlich die Abstimmung stattfinden sollte; an Ausreden fehlte es nicht, so weit die Entente es überhaupt für notwendig hielt, auf den heis Drängen zu antworten. Noch einmal, in den Augusttagen 1920, bald nachdem in Oberschlesien die Deutschen einen gewaltigen Abstimmungskampf ertragen hatten, füllte Korfanty los und es gelang ihm, mit Ausnahme der großen Städte fast ganz Oberschlesien rechts der Oder zu erobern. Auch die Geschichte dieser Wochen und Monate ist mit dem Blute, den entsetzlichen Misshandlungen und Verstreichungen Deutscher gezeichnet worden. Erst im November 1920 war einlaermachen die Ordnung wiederhergestellt; aber mit Gewehr bei Fuß stand der Pole längs der Grenze des Abstimmungsgebietes, batte aber in den Franzosen innerhalb dieses Gebietes zu allem willige Freunde.

Endlich wurde der Tag festgelegt, an dem alle gebürgten Oberschlesiener darüber abstimmen sollten, ob ihr Land bei Deutschland verbleiben oder an Polen fallen sollte. Um das ganze Land Oberschlesien ging die Abstimmung, genau so wie es in Ostpreußen, in Schleswig um das ganze „strittige“ Gebiet gegangen war. Und wieder rollten die Züge aus allen Teilen Deutschlands hinüber nach Oberschlesien, eilten aus dem Ausland, selbst aus Amerika, Tausende herbei, um mit ihrem Stimmzettel über das Schicksal der engeren Heimat zu entscheiden, — dies sogar in einer Zeit, als Deutschland wieder einmal von schweren inneren Unruhen durchzuckt wurde, die Alliierten mit dem Einmarsch nach Deutschland hinein von neuem drohten, gerade die rheinischen

Blutende Grenzen

Zehn Jahre Abstimmungssieg in Oberschlesien



Abstimmungskampf — Abstimmungssieg.

In den letzten Wochen vor der Abstimmung forderten in allen Teilen des Landes Massenversammlungen zum Treuebekenntnis gegenüber dem deutschen Vaterlande auf, so auch in Neiße (oben links). — Als Wahlstellen im Abstimmungskampf hatten die Heimatkreise überall Zentralpunkte eingerichtet, so auch in dem besonders umkämpften Katowitz (oben rechts). — Die Abstimmungszüge, die aus anderen Landesteilen die Stimmberichtig-

ten Oberschlesiener zur Abstimmung in die Heimat brachten, wurden von den guten Wünschen der Zurückkehrenden begleitet; in Görlitz war es nicht anders (unten links). — Auch Kreise scheuten nicht die Anstrengung einer Reise, sondern eilten in die Heimat zurück, um ihre Stimme für Deutschland in die Wahlkäse zu werfen (Mitte). — Der Tag der Entscheidungsschlacht, der Abstimmungstag, sah die ganze deutsche Bevölkerung auf den Beinen; der Ring in Oppeln hatte bisher kaum soich Leben gesehen (oben rechts).

Städte Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort besetzt hatten Dichter, immer dichter ballten sich über dem Reich die Wolken zusammen. Aber trotzdem rösten unablässig die Züge nach Oberschlesien, rüstete man dort zur Abstimmung, — unter den Bajonetten der Alliierten, unter den Drohungen und unverbindlichen Übergriffen der Polen. Ganz ungewiß war das Ergebnis.

Dann kam der 20. März des Jahres 1921, kam die Abstimmung, kam der deutsche Sieg, der aus der oberschlesischen Feindseligkeit hervorragt und der später doch durch die „Flüe des Unrechts“ weggespült werden sollte. 717 000 Stimmen traten für Deutschland ein, 433 000 für Polen. Gerade das Industriegebiet hatte deutsch gestimmt; von den 17 oberschlesischen Kreisen weisen nur sechs polnische Mehrheiten auf, teilweise aber auch hier nur sehr geringe. Aber auf ganz kleine polnische Stimmenziffern, dagegen auf gewaltige deutsche Mehrheiten stiegen die Stimmen namentlich in den großen Städten.

Trotz tieferer Not slog dankender Jubel durch Deutschland; ein unblutiger Sieg war errungen und wenn es nach den Bestimmungen von Versailles ging, dann war Oberschlesien gerettet. Ganz Oberschlesien wieder einmal hatten trotz langer Irrungen und Wirrungen hunderttausende von Deutschen Schulter an Schulter für die Heimat gekämpft, ohne dabei an Parteiunterschiede zu denken. Und deswegen sollen wir dieses oberschlesischen Abstimmungssieges jetzt bei der zehnjährigen Wiederkehr des 20. März gedenken, wenn uns auch schwere Gewalttat, Verzerrung unseres Rechts einen Teil der Krüfte dieses Sieges und damit so viele, viele

Tausende deutscher Brüder entrissen haben. Darum kann die Freude dauerbarer Erinnerung nur gedämpft sein im Bild auf jene Deutschen, die vor zehn Jahren vorgeblich für das Verbleben bei Deutschland gestimmt hatten.

„Die blutende Grenze“ nannte vor kurzem ein Franzose das, was Versailler Diktat und die Entscheidungen des Völkerbundes aus unserem Osten gemacht haben. Ströme von Blut, ein Ozean von Tränen und Leid — das ist diese „Grenze“. Aber Blut „fließt“, Tränen und Leid verbinden. Und so lenken wir alle in Deutschland gerade am zehnjährigen Gedächtnis des deutschen Abstimmungssieges die Blicke hinüber über die „blutende Grenze“ zu denen, die mit uns verbündet und verbunden bleiben, all dem uns zugesagten Unrecht zum Trotz!

Hindenburg zur oberschlesischen Abstimmungsfeier.

Ein Geleitwort des Reichspräsidenten.

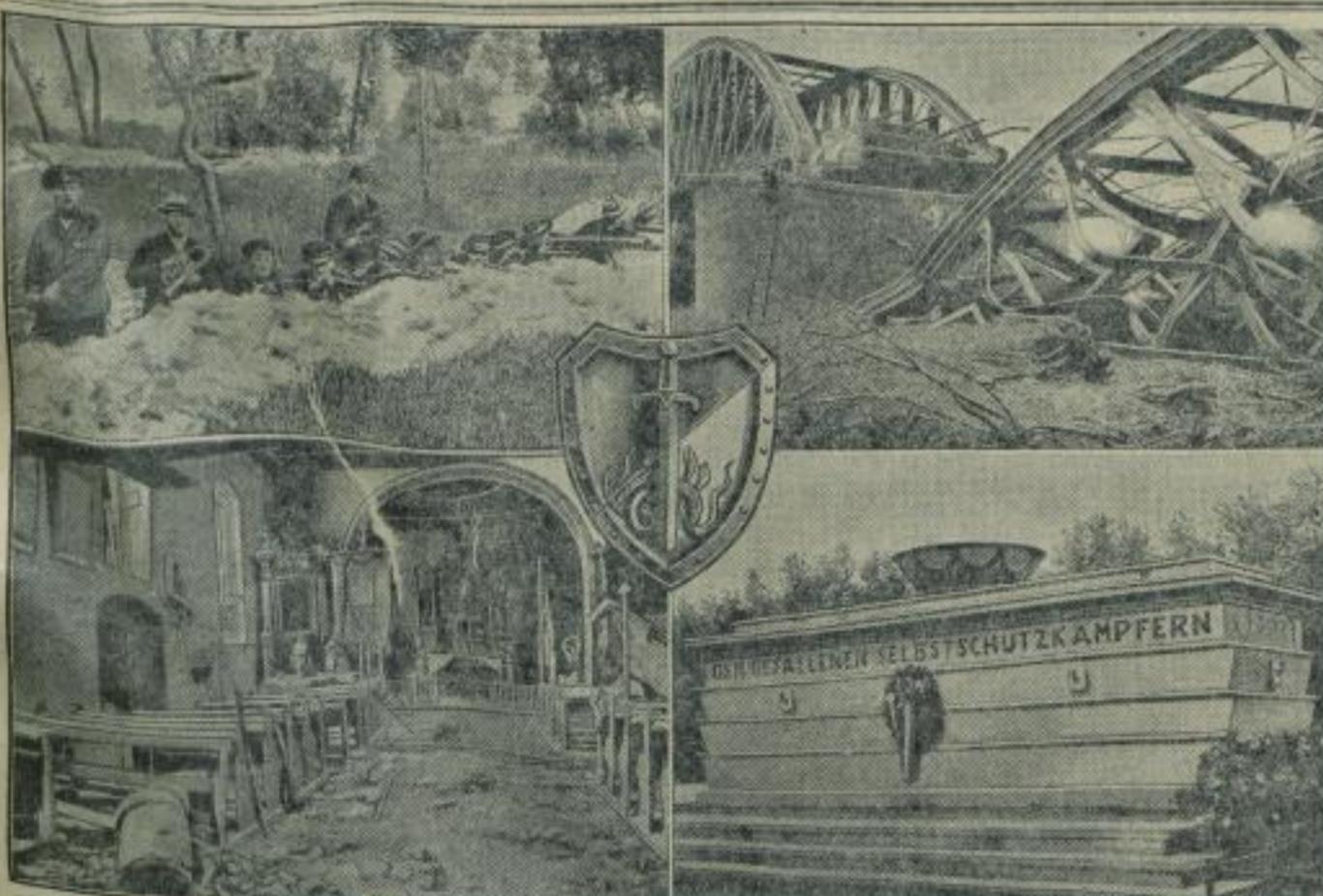
Anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Volksabstimmung in Oberschlesien haben die Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesiener G. V. eine Sonderausgabe herausgegeben. Der Reichspräsident hat folgendes Geleitwort gegeben:

„Am zehnten Jahrestage der Abstimmung in Oberschlesien gedenkt das deutsche Volk im Dankbarkeit der Treue dexter, die in einer Zeit bitterer Not und schwerer Bedrängnis das Bekenntnis zu ihrer deutschen Heimat ablegte. Zehn Jahre harter und schwieriger Wiederaufbauarbeit sind gefolgt; sie waren getragen und gefördert von dem unberechenbaren Bewußtsein der Pflichterfüllung, die das sichtbare Unterhand für die Zukunft unseres Vaterlandes ist.“

Das Geleitwort des Reichskanzlers lautet wie folgt: „Die Abstimmung in Oberschlesien vom 20. März 1921 ist ein Meilenstein in der Geschichte des deutschen Volkes. Treue und Heimatliebe der oberschlesischen Bevölkerung entschieden damals über ihre Zugehörigkeit zum Reich. Äußere Umstände, die sich deutscher Einwirkung entzogen, haben trotzdem die Abtrennung eines Teiles von Oberschlesien verhindert. Das Bewußtsein gemeinsamen Volksstums erwies sich als stärker als die Not der Zeit, die Krieg und Kriegsfolgen verursacht hatten. Wenn wir heute nach zehn Jahren auf diese deutsche Leistung zurückblicken, so gedenken wir in Dankbarkeit dexter, die sie vollbracht, und wünschen, daß der gleiche Geist uns auch in der Zukunft erhalten möge.“



Zum 10. Jahrestage der Volksabstimmung in Oberschlesien gibt die Reichspost eine besondere 8-Pfennig-Postkarte heraus, die auf der Vorderseite — neben dem Raum für die Anschrift — das farbige Bild des Wappens der Provinz Oberschlesien trägt.



Der Kampf um das Deutschland Oberschlesiens. Gegen die polnischen Raubgäste erhob sich die ganze wehrhafte Bevölkerung: oberschlesischer Selbstschutz im Schützengraben (oben links) — ihre ohnmächtige Wut ließen die Polen an Kulturwerken aus: die Eisenbahnbrücke bei Cottbus war eins ihrer Opfer (oben rechts) — selbst

vor Kirchen machten die polnischen Horden nicht halt; auch die Kirche in Alt-Cottbus wurde von ihnen zerstört und verwüstet (unten links) — die Heimat vergaß ihre Verteidiger nicht: das Ehrenmal der gefallenen Selbstschutzkämpfer in Beuthen (unten rechts) — dies war das Abzeichen des Selbstschutzes (Mitte).

Der Kampf in Preußen beginnt.

Severing über die Aufgaben des Reichsbanners.

Bei einer Kundgebung des Reichsbanners in Breslau sprach der preußische Innensenator Severing über das Thema "Der Kampf in Preußen beginnt". Severing beschäftigte sich zunächst mit der Frage ob das Reichsbanner auf die Polizei Einfluss nehmen könne und wollte Severing wies darauf hin, daß der Schutz des einzelnen Bürgers und des Staates Aufgabe des Reichsbanners dagegen sei es zu zwingen, daß die Republik nicht ohne Republikaner und die Mehrheit des deutschen Volkes friedelievend gehnne. Die deutsche Sozialpolitik könne und werde seine Änderung erfahren solange Männer an der Regierung ständen, die es mit der Freiheit Preußens und Deutschlands ernst meinten. Jetzt gebe es um das Ganze. Die preußische Regierung sehe dem Anhänger mit der Ruhe des guten Gewissens entgegen. Severing beschäftigte sich dann sehr eingehend mit den Nationalsozialisten.

Es sei die Aufgabe des Reichsbanners und der republikanischen Parteien, die Einbildung zu zerstören, als ob die Nationalsozialisten in ihrem Siegestaum nicht mehr aufzuhalten seien.

Blutige Schlägereien in der Hamburger Bürgerschaft.

Ein Nachspiel des Abgeordnetenwordes.

Mittwoch nachmittags kam es schon vor Eröffnung der Bürgerschaftssitzung zu einer blutigen Schlägerei zwischen den nationalsozialistischen und kommunistischen Abgeordneten. Die Kommunisten hatten einen Anzug mit roten Schleifen auf den Platz ihres erloschenen Kriegsministers Henning niedergelegt. Daraus stürzten sich zahlreiche kommunistische Abgeordnete aus den drei nationalsozialistischen Abgeordneten und versuchten sie

gewaltsam aus dem Saale zu entfernen.

Die Nationalsozialisten schlugen sich zur Wehr, wobei sie von den deutschnationalen Abgeordneten unterstützt wurden.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Rehse erlitt bei dieser Schlägerei multiple Verletzungen im Gesicht. Der nationalsozialistische Abgeordnete Henning wurde aus dem Saale getragen.

Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. — Nach Aufnahme der Verhandlungen schloß der Präsident zehn kommunistische Abgeordnete auf die Dauer von einem Monat von den Sitzungen aus. Die Ausgeschlossenen mußten viele Male mit Gewalt durch die Polizei aus dem Saale entfernt werden.

Darauf gedachte der Präsident in warmen Worten des erschossenen kommunistischen Abgeordneten Henning, wobei sich das Haus von den Bönen erhob. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß derartige Mordtaten sich nicht wieder ereignen möchten, sie seien geeignet, das Vertrauen des Auslandes für Deutschland zu untergraben. Den hinterherkommenden des Geschossenen sprach der Präsident das Beileid der Bürgerschaft aus. — Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Sämtliche Demonstrationen unter freiem Himmel in Berlin verboten.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die in dem Demonstrationsverbot vom 10. Dezember 1930 ausgeschlagene Ausnahme für den Lustgarten, die Treptower Spielwiese, den Humboldthain und die Jungfernheide sind aufgehoben worden.

Nun sind alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge im gesamten Ortspolizeibezirk Berlin ausnahmslos verboten.

Begräbnis erster Klasse.

Der gescheiterte Zollwaffenstand.

Die dritte Tagung der europäischen Zollwaffenstandskonferenz in Genf ist nach dem endgültigen Scheitern der sachlichsten Verhandlungen zur Aufrechterhaltung des Generalkaufsabkommen vom 24. März 1930 mit der Annahme eines Schlußprotokolls abgeschlossen worden, das die Fortsetzung des Handelsabkommen feststellt.

Der Präsident der Konferenz, Golijn, stellte in seiner Schlussrede fest, daß die vor vier Jahren eingeleiteten Versuche, die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 durchzuführen, vollständig gescheitert seien. Er hoffe jedoch dringend, daß die Regierungen von den durch das Scheitern des Handelsabkommen ihnen gegebenen Möglichkeiten, einen Handelsvertrag zu schließen, in keiner Weise Gebrauch machen würden und daß der am 5. Mai zusammenstehende Europäerauschluß Mittel für einen Ausweg aus der Lage finden werde, die diese Konferenz nicht lösen konnte.

Die Tochter des Spielers

Roman von Anna von Panhuyss.

3a. Fortsetzung

Ausdruck verboten

Er fragte: „Sie haben mich in meinem Zimmer sprechen hören, nicht wahr?“

Sie nickte nur.

Er fuhr fort: „Und Sie haben nicht begriffen, wie ich mit meiner früheren Frau sprechen konnte, nicht wahr?“

Sie nickte wieder.

Er fragte: „Glaubten Sie wirklich, daß meine Frau sich bei mir befände?“

Nora stotterte: „Ich hörte neulich nichts ein Geräusch auf dem Flur, an dem Tag, an dem die große Kiste angeliefert war und weil ich fürchtete, es könnte sich um einen Einbrecher handeln, öffnete ich vorsichtig meine Tür und sah —“

Sie brach ab.

Er lächelte sonderbar.

„Da sahen Sie mich und ich trug eine Frau auf dem Arm.“

Nora neigte den Kopf.

Er fuhr fort: „Und nun spielten Sie Detektiv und kamen dahinter, daß sich meine Frau bei mir befand, nicht wahr?“

Nieder mußte Nora den Kopf neigen.

Er sagte sehr läßt: „Ich bitte Sie jetzt, mit mir hinzukommen in mein Wohnzimmer. Sonst glauben Sie womöglich noch, ich habe mir eine Tote ins Haus geholt.“

Nora war ganz durcheinander, sie folgte dem Grafen mit entsetztem Gesicht und ihre Augen weiteten sich, sie peilte ein paar Schritte zurück. In einem Sessel lehnte die fröhliche Gräfin, bildschön, rosig, mit einem malten Lächeln, und sah sie groß an. Ihre Hände lagen im Schoß ohne die geringste Bewegung, und bewegungslos war auch der Körper, der eine elegante goldbraune Toilette trug.

Die Frau im Sessel lebte nicht, aber sie war auch nicht

Der Ring um Deutschland.

Frankreich und die polnischen Bahnen.

Das Moskauer offizielle Militärorgan beschäftigt sich in einem Artikel mit dem von den Franzosen finanzierten Bau der Bahnlinie Polnisch-Oberschlesien-Gdingen. Es werde diejenige Strecke sein, auf der Frankreich im Kriegsfall nicht nur Polen, sondern auch den anderen verbündeten Staaten der kleinen Entente, wie Rumänien und Jugoslawien, das Kriegsmaterial zuführen werde. Die französischen Kriegstransporte würden dann nicht schwieriger Verbindungen über dritte Staaten bedürfen, sondern direkt über polnisches Gebiet gehen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Eine Ausstellung der Gotteslästerung.

Gegen die für eine verbotene Ausstellung „Presse und Kultur“ in Berlin verantwortlichen Personen hat die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet; Anklage, Leichtsinn und Darstellungen wurden gerichtlich beschuldigt, weil sie größere Beschimpfungen der Kirche und ihrer Einrichtungen enthalten.

Die Agrarfrage Südosteuropas.

In Wien findet die 6. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung statt. Auf ihr werden Vertreter der deutschen, österreichischen, ungarischen und rumänischen Wirtschaft die südosteuropäische Agrarfrage und ihre Auswirkungen auf das industrielle Mitteleuropa erörtern. Deutschland nimmt an dieser Tagung durch Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie teil.

Aus In- und Ausland

Braunschweig. Drei dissidente Dissidenten in Hüttenrode haben durch die braunschweigische Regierung zum 31. März ihre Entlassung zugestellt erhalten.

Memel. Von der „Memelländischen Rundschau“ in Heydekrug sollen der Verleger Gustav und der Maschinenebauer Elswitz und vom „Memeler Dampfboor“ der Expedient Knoblich das Memelgebiet bis Kreting verlassen, andernfalls die Benennung unter polizeilicher Begleitung an die Grenze gebracht werden.

Warschau. Der Polnische Senat hat die beiden Anträge der Regierung auf Ratifizierung des Liquidationsabkommen und des Handelsvertrages mit Deutschland angenommen.

Kleine Nachrichten

Neun Mann eines englischen Dampfers ertrunken.

London. Ein kleiner englischer Dampfer mit Namen „Circe“ ist bei der Insel Man im Nebel gestrandet. Neun Mann sind ertrunken, zwei konnten schwimmend das Land erreichen.

Feuerbrunst zerstört ein Hotel. Zwei Tote.

New York. In Lynn (Massachusetts) wurde das Geschäftshotel Swan durch einen Feuerbrunst zerstört. Zwei Tote wurden geboren, elf Verletzte werden noch vermisst. Die Gäste flüchteten panikartig und konnten meist nur das nackte Leben retten. Der Sachschaden beträgt 200 000 Dollar.

Der Mordprozeß Tegner.

Der Untersuchungsrichter als Zeuge.

Als letzter Zeuge wurde im Mordprozeß Tegner der Landgerichtsrat Schmidt, der als Untersuchungsrichter das Ehepaar Tegner mehrere mal vernommen hatte, gehört. Er erklärte, daß Tegner bei seiner Verhandlung am 15. März 1930 ausgesagt habe, daß der Handwerksberufe, den er im Auto verbrannte, aus der Tschiedsflamme stammten und daß er Sägewerkarbeiter gewesen sei. Als man Tegner gefragt habe, warum er den Krempen nicht vorher geöffnet und dann verbrannt habe, habe er gemeint, daß er nicht in Frage kommen. Dieses Geständnis habe er jedoch am 5. Mai 1930 zu einem Teile widerrufen. Er habe die Ablicht gedacht, so sagt er aus, einen Menschen zu töten, aber der Zivilist sei ihm zu Hilfe gekommen. Als er auf der Landstraße fuhr, sei ihm ein Sägewerkarbeiter vor das Auto gelaufen.

Er habe ihn überfahren und erst später habe er den Überfahrenden verbrannt. Tegner wollte jetzt über die Verhältnisse des Handwerksberufs nichts ausdrücken, während

tot, die Frau im Sessel war eine naturgetreue Nachbildung der früheren Gräfin, war eine Wachsfigur, die zu leben schien. Doch mußte der Glaube allzu rasch an der Stärke der Glieder zerbrechen.

Der Graf sprach nicht, er ließ den Eindruck, den die Figur auf Nora von Stern machte, ein Welschen ausstrahlen, ehe er fragte: „Kann wissen Sie doch Bescheid, nicht wahr?“ Er sah traurig aus. „Schade, daß ich mein Liebes, mich beglückendes Geheimnis schon so bald mit jemand teilen muß. Ich habe meine Frau sehr geliebt und liebe sie noch immer so sehr, daß ich auf den Einfall kam, sie auf diese Weise für mich wieder ins Leben zu rufen. Ich ließ die Puppe in Paris anfertigen und sie ist so fein und ähnlich geworden, daß ich keine große Phantasie anwenden brauche, um mir die Illusion zu schaffen, meine Frau wäre wieder bei mir. Wäre noch bei mir. Allerdings hält die Illusion nie allzu lange vor. Und nun bitte ich Sie um Ihr Schweigevernehmen, Fräulein von Stern, ich möchte nicht, daß man über das, was mir heilig ist, als Vächerlichkeit spricht. Sie haben durch Ihren Neugier unrecht gehandelt, machen Sie es wieder gut durch Schweigen.“

Er streckte ihr die Rechte entgegen. „Geben Sie mir die Hand darauf.“

Sie reichte sie ihm sofort, und seinem Blick ausweidend, betonte sie: „Es war ja keine mißliche Neugier, es war —“

Sie brach ab, tat sehr verlegen, lief zur Tür: „Gute Nacht, Herr Graf.“

Er war schon bei ihr.

„Was war es sonst, wenn nicht Neugier?“

Sie wehrte ab: „Nicht daran röhren, ich bin ja auch nur ein Mensch und habe es lange nicht so gut wie Sie.“ Dabei wies sie auf die wunderschöne starke Dita, die mit ihrem malten Lächeln den beiden zuuhören schien.

Schon wollte Nora von Stern wieder entschlüpfen.

Er hielt sie abermals fest.

„Nora, wie kennen uns schon solange und meiner Mutter waren Sie besonders wert. Also seien Sie offen: Sie lieben mich?“

er doch früher genaue Angaben über dessen Persönlichkeit machen konnte.

Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen.

Als erster Sachverständiger wurde dann Landgerichtsrat Dr. Bünz-Augsburg vernommen. Er schilderte das durchbare Bild, das sich ihm angeblich des verbrannten Handwerksberufs geboten habe. Anzeichen die aus einem vorherigen Erleben, Erleben oder Niederschlagen des Opfers hätten deutlich können, waren an der Leiche nicht festzustellen gewesen. Frau Tegner habe gesagt: „Ich habe auch mein Teil Schuld und will dafür die Strafe verbüßen, aber

der Plan zum Mord ist von meinem Mann ausgegangen und nicht von mir.“ Magnetische und hypnotische Kräfte spricht der Sachverständige und angestellte den Angelagern. Der Mordplan sei zwischen den Ehegatten ausführlich besprochen worden. Die Frau habe sich dagegen gesträubt und habe Gegenworschläge gemacht. Eine Willenslösung sei der Frau liege jedoch nicht vor; sie habe sich überreden lassen und ihre Rolle als trauernde Witwe treulich gespielt. Moralisch steht sie über ihrem Mann. Die Frage, ob Tegner sein Opfer lebendig oder tot verbrannt habe, läßt das Urteil offen.

Im Anschluß an dieses Gutachten erhielt der Universitätsprofessor Dr. Koch (Leipzig) der die Sektion der Leiche vorgenommen hat, sein Gutachten. Es seien nur hämorrhagische Flecke der Leiche vorhanden gewesen. Er habe eigentlich nur den Rumpf vorgefundet. Der Brustkorb war durchgebrannt. In den Bronchien sei Asch und im Blut Kohlenoxydgas vorhanden gewesen. Der Tod müsse klein und zielgerichtet gewesen sein.

Prof. Koch stellte fest, daß eine Leiche verbrannt worden sei und kein lebender Mensch. Für diese seine Behauptung führte er verschiedene Beweise an.

Prof. Möller (Berlin) erlangte dagegen feste, daß eine am Tode gemachte Feststellung es nicht ausschließen, daß der unbekannte Mann in der vom Angeklagten zuerst geäußerten Weise verbrannt wurde; der Mann könne bei lebendigem Leibe verbrannt sein. Ein Mensch könne lebendig verbrennen, ohne daß Kohlenoxydgas im Blute und in den Zungen festgestellt werde. Das erste Geständnis des Angeklagten könne wohl sein, müsse aber nicht wahr sein.

Dann erhielt der vierter Sachverständige, Dr. Medizinalrat Dr. Biermann (Augsburg), sein Gutachten. Er bestätigte, daß Frau Tegner wortlos willentlich verbrannt habe; der Mann könne nicht schwachmachen. Er hält die Frau nicht für schwachmännig, sondern im Gegenteil für intelligent.

Der letzte Sachverständige, Dr. Lauterbauer (Augsburg), lädt in seinem Gutachten aus, daß er bei Frau Tegner nichts Auffälliges feststellen könne. Sie habe keinen sexuellen Delikt, der aus einer Schwäche schließen lasse. Sie sei von geringer, rascher Auffassungsgabe und ihr Gedächtnis sei vorzüglich. Sie sei nicht trüffellos, zwar leicht beeinflussbar, aber nicht hysterisch. Tegner habe seine Frau unter seinen Einfluß gebracht. Frau Tegner habe gewußt, daß es sich um einen Mord handele, sie sei voll verantwortlich.

Todesstrafe gegen Tegner beantragt.

Das Urteil nahm dann der Erste Staatsanwalt Dr. Hädener. Er schiede zunächst die Persönlichkeiten der Angeklagten und ging dann auf die Delikte ein, die er im Sinne der Anklage nochmals genau darstellte. Er verneinte bei der Frau jede Beeinflussung durch den Ehemann. Sie habe sich in den Gedanken, daß ihr Mann ein Verbrechen begehen würde, hineingewöhnt und der Mann sei sich vollkommen im klaren darüber gewesen, daß seine Frau das tun werde, was er von ihr verlangt. Denn ohne ihre Mitwirkung sei die Ausführung des Verbrechens für ihn unmöglich gewesen.

Der Staatsanwalt beantragte folgende Strafen: Erich Tegner wegen eines verdeckten Mordes und eines vollendeten Mordes in Tateinheit mit dem Versuch eines Verbrechensbetragtes die Todesstrafe und eine Zuchthausstrafe von zwölf Jahren sowie die Abentheuerung der Ehrenrente auf Lebensdauer, gegen Frau Tegner wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord und wegen Vertrübs eines Verbrechensbetragtes je 12 Jahre Zuchthaus und Abentheuerung der bürgerlichen Ehrenrente auf zehn Jahre. Nach dem Antrage des Staatsanwaltes brach Frau Tegner zusammen.

Tegner zum Tode verurteilt.

Frau Tegner erhält wegen Beihilfe vier Jahre Zuchthaus.

Das Schwurgericht Augsburg verurteilte den 27jährigen verheirateten Kaufmann Erich Tegner aus Leipzig wegen eines Verbrechens des verdeckten Mordes, des vollendeten Mordes und eines Vergehens des versuchten Betruges zur Todesstrafe und zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Seine 24jährige Ehefrau Gina Tegner wurde wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord und eines in Mittlerschaft begangenen Verbrechens des versuchten Betruges bei Hofstädter zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt. Ein Jahr der Unterforschungshaft wird angerechnet.

Nora von Stern dachte, zu verlieren hätte sie nichts, also sollte sie die Komödie weiter spielen. Sie hob langsam den Blick.

„Immer und immer habe ich Sie geliebt und wollte nichts für mich, so sehr es mir auch ist, als Dita von Rohnestadt kam, als Sie Ihre Gattin wurde. Ich war schon glücklich, in Ihrer Nähe leben und die Kinder betreuen zu dürfen. Ich war es jetzt noch, aber es ist mir weh, als ich glaube, die Frau wäre wieder hier, die Ihnen vielleicht Zeit gegeben.“

Lothar von Brieskow hätte kein Mann sein müssen, wenn es ihm nicht doch ein wenig gerüht hätte dies zu erkennen. „Immer und immer habe ich Sie geliebt!“

Er sagte weich tröstend: „Gehen Sie jetzt zur Ruhe, Nora, ich bin Ihnen wegen dem, was Sie heute getan, nicht mehr böse und morgen sprechen wir noch einmal in Auge über alles; mir ist es, als wäre ich eine gute Lösung für uns beide, um diese Nachtkunde eben zu vergessen.“

13.

An diesem

